

FAZ, 22.4.15

teil". Wir streiken nicht gegen die Bahnkunden, sondern wir streiken gegen den Arbeitgeber. Wir fügen ihm wirtschaftlichen Schaden zu. Das beklagt er mit Kreditstrafen, aber ist selbst die Ursache für den Zustand", sagte Weselsky. Er

führung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI). In der Industrie seien Produktionsausfälle zu erwarten. Schädigen könnten von einstelligen Millionenbeträgen schnell auf bis zu 100 Millionen Euro am Tag wachsen. Gerhard Handke,

he. Die Schwerindustrie sei in der Versorgung mit Rohstoffen und im Transport ihrer Produkte in hohem Maße auf die Bahn angewiesen. Ein kurzfristiges Ausweichen auf andere Verkehrsträger sei nur sehr eingeschränkt möglich.

216 Prozent zu, die Flugbuchungen um 82 Prozent. Der Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmer teile mit, sobald ein Ausstand angekündigt werde, spürten die Unternehmen eine sprunghafte Nachfrage auf ihren Internetseiten.

Keine Lösung für Griechenland in Sicht

Athen nimmt Reformen zurück / Protest von Bürgermeistern / EZB erwägt strengere Regeln für Ela-Notkredite

wmu./p./ppl.BRÜSSEL/FRANKFURT/ROM, 21. April. Die internationalen Gläubiger Griechenlands erwarten mittlerweile keine Einigung mit Athen mehr in absehbarer Zeit. In der Eurogruppe hieß es am Dienstag, es sei weder auf dem Treffen der Euro-Finanzminister am Freitag in Riga noch auf dem nächsten Treffen im Mai mit Entscheidungen über die Freigabe weiterer Kredite zu rechnen. Die Zukunft Griechenlands im Euroraum könnte wieder zur „Chefsache“ werden, allerdings erst auf dem EU-Gipfel im Juni, kurz vor Auslaufen des jetzigen Programms. Ein hoher EU-Beauftragter sagte, bis dahin sei die Finanzierung Griechenlands wohl gesichert.

„Wir sind auf alle Arten von Ereignissen vorbereitet“, ein Euro-Aus Griechenlands (Grexit) schließe er aber „zu 100 Prozent“ aus. Ministerpräsident Alexis Tsipras führte am Dienstag Gespräche mit dem Chef des russischen Erdgaskonzerns Gazprom, Alexej Miller, über eine engere Zusammenarbeit in Energiefragen.

Unterdessen arbeitet die Athener Regierung an der Rücknahme von schon beschlossenen Reformen. Die eigentlich schon seit Januar wirksamen Rentenkürzungen sollen eingefroren werden. Der für die Verwaltung zuständige Vizeminister Giorgios Katrougalos hat ein Gesetzespaket angekündigt, mit dem die Reformen für eine effizientere Verwaltung wieder rückgängig gemacht werden sollen. Anstelle der Vergabe von Leistungsprämien im öffentlichen Dienst will Katrougalos wieder wie früher die formale Qualifikation der Mitarbeiter als wichtigstes Kriterium ansehen. Dieses Vorhaben läuft den Vereinbarungen mit den Gläubigern zuwider. Gegen den Beschluss der griechischen Re-

gierung, zur kurzfristigen Geldbeschaffung die Kassen der Kommunen sowie staatlicher Unternehmen zu plündern, regt sich unterdessen Widerstand. Bürgermeister, unter anderem das konservative Athener Stadtoberhaupt Giorgios Kaminis, protestieren gegen den Erlass der Regierung. Der Athener Bürgermeister sieht das Verfahren als verfassungswidrig an.

Auch die Lage der angeschlagenen griechischen Banken gerät wieder stärker in den Fokus. Sie hängen am Troß der Notkredite der Notenbank, weil verunsicherte Kunden Geld von ihren Konten abziehen. Bislang hat ihnen die Europäische Zentralbank für 74 Milliarden Euro sogenannte Ela-Kredite (Emergency Liquidity Assistance) eingeräumt. Fachleute der EZB haben nun Vorschläge für höhere Abschlüsse („Haircuts“) auf die Sicherheiten erarbeitet, welche die Banken für die Ela-Kredite hinterlegen müssen. Das würde die Finanzierung der Banken erschweren. Formal trägt das Risiko für die Ela-Kredite die Bank of Greece. „Doch de facto hat

immer auch das Eurosystem insgesamt Risiken“, hieß es aus Zentralbankkreisen. Ela-Notkredite darf es laut den EZB-Richtlinien nur für Banken geben, die zwar vorübergehend illiquide, aber grundsätzlich zahlungsfähig sind. Die EZB als Bankenaufsichtin steht die griechischen Banken als solvent an. Einige Fachleute bezweifeln das aber. Der Berliner Jurist und Finanzwissenschaftler Markus Kerber wirft der EZB-Chefaufsichtin Daniele Nouy eine Verschleppung der Krise und Untätigkeit vor. Kerber spricht von „Zombie-Banken“, die von der EZB künstlich am Leben erhalten werden. Auch der AfD-Vorsitzende Bernd Lucke warf ihr vor, sich in der Griechenland-Debatte in Widersprüche zu verstricken. „Wie will die EZB die Stabilität des griechischen Bankensystems sichern, wenn die Banken auf den Papieren eines bankrotten Staates sitzen?“, fragte Lucke. Er kritisierte, dass ein Ausscheiden Griechenlands aus dem Euro um jeden Preis verhindert werden sollte. (Alexej Miller im Porträt, Seite 20)

Nur noch wenige Arbeitslose versuchen sich als Gründer